

# AL Info<sup>3</sup>/<sub>15</sub>

**3** Manuel Sahli erzählt im Interview mit Richi Blättler von seinen ersten Erfahrungen als Kantonsrat.

**5** Auf dem Duttweiler-Areal soll, sehr zur Zufriedenheit der Stadtzürcher Linken, ein neues Asylzentrum entstehen. Ezgi Akyol erklärt, warum die AL damit ein Problem hat.

**8** Obduktion einer Nein-Kampagne - Niggi Scherr analysiert die gescheiterte Kampagne der Hornbach Gegner.

AZB  
CH-8026 Zürich  
Post CH AG

## Herausforderungen

Mit der Wahl von Richi Wolff und den massiven Wählergewinnen bei den Gemeinde- und Kantonsratswahlen hat die AL Zürich einen Quantensprung gemacht. Als nächste Hürde steht im Oktober der Sprung in den Nationalrat an. Wahlen haben die AL-Agenda in den letzten beiden Jahren stark bestimmt. Zeit, sich wieder etwas mehr Gedanken über politische Inhalte zu machen.

Im Kantonsratswahlkampf sind wir mit vier Slogans angetreten. Sie bringen gut auf den Punkt, wofür die AL steht: «Konsequent für Grundrechte», «gerechte Steuern», «bezahlbare Kinderkrippen» und «günstige Wohnungen». An Anknüpfungspunkten, hier aktiv zu werden, fehlt es in nächster Zeit nicht.



### Datenschutz: Grundrechte verteidigen!

In der Herbstsession entscheiden National- und Ständerat definitiv über das Gesetz zur Post- und Telefonüberwachung (BÜPF), das eine verlängerte Vorratsdatenspeicherung und den Einsatz von Staatstrojanern auf privaten Computern vorsieht. Auch Maurers Schlapphüte wollen mit der vom Nationalrat im März 2015 durchgewinkten Revision des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) NSA-ähnliche Überwachungskompetenzen. Gegen beide Gesetze steht ein Referendum im Raum.

### Neue Steuergoodies für Firmen?

Die Erbschaftssteuer-Initiative ist erwartungsgemäss klar gescheitert. Mit unserer Pauschalsteuer-Initiative haben wir wenigstens in der deutschen Schweiz

einen Achtungserfolg verbuchen können. Mit der Unternehmenssteuerreform III, die jetzt in die parlamentarische Beratung geht, stehen nach der Merz-Reform erneut massive Steuerentlastungen für Firmen im Fokus. Geht es nach dem Willen der Bürgerlichen, soll die von EU und OECD erzwungene Aufhebung von Privilegien für Holdings und Briefkastenfirmen für eine generelle Steuerentlastung aller Unternehmen mit Ausfällen in Milliardenhöhe genutzt werden. Hier sind über ein allfälliges Referendum hinaus intelligente Gegenstrategien auch auf gefragt.

### 2016: Abstimmung über AL-Initiative zur Kinderbetreuung

Um mehr bezahlbare Krippen- und Hortplätze zu ermöglichen, liegt im Kanton mit unserer Kinderbetreuungsinitiati-

ve ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch. Die Initiative will neben Eltern und Gemeinden auch die Unternehmen als dritten Partner an der Finanzierung beteiligen, wie dies in den welschen Kantonen der Fall ist. Eine Arbeitsgruppe ist bereits daran, sich für die Abstimmung vorzubereiten.

### Interne Herausforderungen

Zugleich steht die AL Zürich auch vor grossen inneren Herausforderungen. Wie können wir nach dem grossen Wachstumsschub mehr Aktivistinnen und Aktivisten gewinnen? Wie unsere Andersartigkeit wahren und sich nicht von den Mechanismen der etablierten Machtausübung vereinnahmen lassen? Dazu mehr auf Seite 4.

**Niggi Scherr**



Jetzt Mitglied werden? Melde dich auf [sekretariat@al-zh.ch](mailto:sekretariat@al-zh.ch)

## Info der Redaktion

Leider hat Richi Blättler nicht nur den Vorstand verlassen, er möchte ab der nächsten AL-Info-Ausgabe auch nicht mehr im Redaktionsteam mitarbeiten. Wir bedauern sein Ausscheiden, hat er mit seinen intelligenten Beiträgen zur AL-Info Qualität beigetragen. Glücklicherweise wird er uns weiterhin sporadisch als Autor zur Verfügung stehen. Wir danken Richi für sein Engagement.

## Finanzen

Besten Dank für die zahlreichen Wahlkampf-Spenden! Der Wahlkampf geht gleich weiter. Wir freuen uns über Spenden für die Nationalratswahlen auf: Alternative Liste Zürich, PC 87– 63 811– 5  
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5  
Vielen Dank!

## Termine

**Samstag, 27. Juni:** grosse Unia-Baude-mo und AL-Wurststand. Besammlung: 12.30 Uhr Central Zürich, Schlusskund-gebung: 13.30 Uhr Helvetiaplatz.

**Dienstag, 25. August: 19 Uhr** AL-Vollversammlung mit dem Inputthema «Initiative Ernährungssouveränität»

**Dienstag, 29. September:** 19 Uhr: AL-Vollversammlung.

## Impressum

Alternative Liste (AL)  
Postfach 1005, 8026 Zürich, [al-zh.ch](mailto:al-zh.ch)  
**Sekretariat** Dayana Mordasini  
Molkenstr. 21, 8004 Zürich  
[sekretariat@al-zh.ch](mailto:sekretariat@al-zh.ch)  
Tel. 044 242 19 45  
IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5  
**Erscheint** 4 bis 6 mal jährlich  
**Auflage/Druck** 2200 Ex.,  
Druckerei Nicolussi, Zürich  
**Layout** Corin Schäfli, Dayana Mordasini  
**Redaktion** Richi Blättler, Dayana Mordasini, Corin Schäfli, Niklaus Scherr.

# Neu: AG Stadt-entwicklung und Wohnbaupolitik

**Stadt und Kanton Zürich verändern sich rasant. Die Frage, wie und wo wir wohnen und arbeiten wollen und wie wir uns bewegen wollen, beschäftigt viele Menschen. Sie ist oft existenziell.**

Es ist kein Zufall, dass Stadtentwicklung und Wohnbaupolitik seit jeher ein Schwerpunkt der parlamentarischen und ausserparlamentarischen Arbeit der AL sind. In der Stadt Zürich gibt es jeweils satte Mehrheiten bei wohnpolitischen Abstimmungen. Die Stadt hat eine lange und erfolgreiche Tradition der Wohnbaupolitik. Dank dieser sind heute über 50'000 Wohnungen oder gut ein Viertel aller Mietwohnungen gemeinnützig und damit dauerhaft der Spekulation entzogen - ein schweizweit einzigartig hoher Anteil! In diesen Wohnungen lebt nahezu ein Drittel der städtischen Bevölkerung. Gemeinderat und Stimmberechtigte haben in den letzten Jahren eine Reihe von Vorlagen mit dem Ziel gutgeheissen, das Angebot an gemeinnützigen Wohnungen zu erhalten und auf einen Drittel des Gesamtbestandes der Mietwohnungen zu erhöhen. Die Stadt baut auch wieder eigene Siedlungen. Ohne all diese Wohnungen, die der Spekulation entzogen wurden, wären die Mieten in den letzten Jahren wohl flächendeckend explodiert und die Stadt Zürich nicht wiederzuerkennen.

### Zürich wächst

Laut Prognose werden Stadt wie Kanton einen grossen Bevölkerungszuwachs erleben. Die kantonalen und kommunalen Richtpläne sowie die kommunalen Bau- und Zonenordnungen müssen entsprechend angepasst werden. Im Kanton wittert die Baulobby Morgenluft und lockert das Baugesetz. In den Gemeinden rund um Zürich entstehen ganz neue Quartiere, in die Tausende neuer BewohnerInnen ziehen. In Zürich wird ebenfalls massiv gebaut, einige Quartiere haben sich stark verändert. Die Infrastrukturplanung hinkt häufig hinterher. Es soll mehr in die Höhe gebaut und nach innen verdichtet werden, und es geht dabei auch um viel Geld.

### Gründung der AL-Arbeitsgruppe «Wohnbaupolitik»

Unsere ParlamentarierInnen und

unser Stadtrat sind bei diesen Themen stark gefordert und bei ihnen ist auch ein enormes Fachwissen gespeichert. In der Alltagsarbeit ausserhalb des Parlaments bleibt den Mitgliedern aber oft zu wenig Zeit, sich zu informieren, über diese Entwicklungen zu debattieren und kollektiv aktiv zu werden. Wir haben deshalb beschlossen, eine AG Stadtentwicklung und Wohnbaupolitik zu gründen. Sie ist offen für alle Interessierten. Das Programm wird gemäss den jeweiligen Bedürfnissen der Teilnehmenden zusammengestellt.

### Auftaktsitzung: Sonntag, 5. Juli 2015

Die Auftaktsitzung findet am Sonntag, 5. Juli statt. Wir treffen uns um 15.30h an der Haltestelle Albisriederhaus (Tram 3, Bus 67). Wir begehen die Baustelle des Ersatzneubaus Eyhof der Genossenschaft Schönheim und betrachten von aussen die renovierten Häuser der gleichen Siedlung. Der Bus 67 führt uns via Rautistrasse – mit Sicht auf die vor kurzem bezogene neuste städtische Siedlung – ins Dunkelhölzli. Ab 17.00h diskutieren wir beim Apéro im Garten an der Dachslernstrasse 79 die Präsentation des Statistischen Amtes «Zürich baut sich neu – Ersatzneubau in der Stadt Zürich 2004-2014».

**Manuela Schiller und Catherine Rutherford**

**Interessierte melden sich gerne unter [wohnen@al-zh.ch](mailto:wohnen@al-zh.ch).**

## AL-Vorstand

Die AL-Mitgliederversammlung hat Attilio Stoppa zum neuen Vorstandsmitglied gewählt. Er lebte mit seiner Familie in einer selbst verwalteten Genossenschaft in Männedorf, davon mehrere Jahre als Präsident des Vorstandes. Seit 2011 wohnt er in Witikon. Er war während mehr als 30 Jahren in verschiedenen Fachbereichen der Suchtarbeit tätig. Attilio Stoppa hat in den 80-iger Jahren die VPOD-Sektion Zürich Soziale Institutionen mitgegründet. Seit seiner Pensionierung gibt er Deutschunterricht für Flüchtlinge innerhalb des Solinetz Zürich. Attilio ist verheiratet und hat zwei Söhne.

# Manuel Sahli im Gespräch



**Wie ist es denn so als frisch gewählter Kantonsrat?**

Ich merke langsam, was das heisst und habe mich auch bereits mit den verschiedenen Geschäften befasst. Wir hatten gestern die erste

Sitzung nach der Konstituierung, jetzt geht es so richtig los.

**Welches Thema lacht Dich denn neu an?**

Wir sind ja eine kleine Fraktion und deshalb nicht in jeder Kommission vertreten. Darum kümmere ich mich für die AL-Fraktion auch um die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU). Die behandelt eher Themen, die mich schon immer interessiert haben.

**Heisst das, Du bist auch ein Grüner?**

Soll diese Kommission dich plötzlich zu einem Grünen machen, nur weil Umwelt drin vorkommt? In der AL sind doch alle mehr oder weniger grün. Ich habe mich schon als Kind für Pläne interessiert und konnte stundenlang Verkehrswege zeichnen mit Strassen und Eisenbahnlinien, alles Dinge, die auch in der Kommission behandelt werden. Es gibt ein Foto von mir aus dem Kindergarten, wo ich einen Riesenplan mit Strassen, Dörfern und Zuglinien zeichne.

**Wo liegen deine politischen Themen?**

Sicher bei den Grundrechten, insbesondere im Zusammenhang mit neuen Medien und Informatik; das ergibt sich auch aus meinem Beruf.

**Bei Grundrechten drängt sich der Fussball ja auf.**

Leider werden die Fans immer wieder in ihren Grundrechten beschnitten.

**Wie denn?**

Bei der Ausweitung der polizeilichen Repression werden «Hooligans» als Rechtfertigung für immer mehr Kontrollen und Grundrechtsangriffe missbraucht. Fans stehen quasi unter Generalverdacht. Auch als Winterthur-Fan spürst du das – bei Auswärtsspielen etwa findet man sich immer mehr in videoüberwachten Käfingen wieder und wird am Eingang genau-

estens durchsucht und wie im Schlachthof durch vergitterte Schleusen geschickt.

**Was verstehst Du unter einem Hooligan?**

Ein politisch oft missbrauchter Begriff.

**Also gibt es gar keine?**

Sicher gibt es auch Fans, die sich selber als Hools bezeichnen. Das sind aber nicht dieselben, die von den Medien als Hooligans bezeichnet werden.

**Soll man zwischen Hooligans und Ultras unterscheiden?**

Es besteht sicher ein Unterschied. Aber in Winterthur stellt sich diese Frage eigentlich nicht, wir haben hier eine gute Fankultur. Wobei ich persönlich in der Fankurve nicht allzu viel politisiere.

**Eine Kurve sollte nicht politisch sein?**

Nein, das meine ich nicht so. Eine Kurve soll eine gewisse Fankultur haben und beispielsweise klar gegen Homophobie und Rassismus Stellung nehmen und das auch leben. Dies sollte aber keine Frage der politischen Einstellung, sondern des gesunden Menschenverstands sein.

**Was hat Dich politisiert?**

Eigentlich nichts Bestimmtes. Es gab kein spezielles Ereignis. Mein Interesse für Geschichte spielt sicher eine Rolle und es hat sich langsam ergeben. Ich habe immer schon gerne diskutiert und einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit. Ich fand, dieses und jenes läuft falsch, und habe mich dagegen engagiert.

**Also eine kritische Sicht?**

Ja, das hat sich allmählich entwickelt. Irgendwann fingen mich gewisse Dinge an zu stören. Zum Beispiel Patriotismus.

**Was stört Dich am Patriotismus?**

Stören ist vielleicht das falsche Wort, aber es gibt für mich keinen Grund, auf etwas stolz zu sein, wofür man nichts geleistet hat.

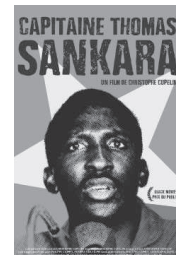
**Interview: Richard Blättler**

Mehr von Manuel über Fussball und Politik auf unserer Webseite...



## AL Filmtipp

**Mischa Schiowow empfiehlt:**



**Capitaine Thomas Sankara. Christophe Cupelin, Dokumentarfilm, 2014.**

1983 wird der 33-jährige Thomas Sankara nach einem Staatsstreich

Präsident Obervoltas. Mit Burkina Faso («Das Land der Integren») verpasst der sozialistische Revolutionär dem Land nicht nur einen neuen Namen, sondern versucht mit einer Mischung aus jugendlichem Elan und visionärem Weitblick die burkinische Gesellschaft zu reformieren: Gleichstellung von Mann und Frau, Ausrottung des Analphabetismus und Bekämpfung der Korruption sind seine wichtigsten Anliegen. Mit seiner Forderung an den Westen um Schuldenerlass will er sein Land und den ganzen afrikanischen Kontinent stärken. Sein Traum von einer fortschrittlicheren und gerechteren Welt findet jedoch schon 1987 ein jähes Ende: Er fällt einem Staatsstreich zum Opfer. Mit Archivaufnahmen entwirft Christophe Cupelin ein eindringliches und humorvolles Porträt eines charismatischen Staatschefs, der an das glaubte, was er tat, und wusste, was er damit riskierte.

Seit 18. Juni 2015 im Kino.



**Pepe Mujica, el presidente. Heidi Specogna, Dokumentarfilm, 2014.**

Vom Bauern und Guerrillero zum Staatsoberhaupt: Pepe Mujica wurde 2010 Präsident

Uruguays. Die Schweizerin Heidi Specogna hatte bereits 1995/96 den Film «Tupamaros» über ihn und die Guerillabewegung gedreht. Was ist 20 Jahre später aus dem hemdsärmeligen Präsidenten geworden? Pepe Mujica, der aus politischen Gründen viele Jahre im Gefängnis sass, ist seinen Idealen treu geblieben. Sein bescheidener Lebensstil – statt im Regierungspalast wohnt er in einer kleinen Finca – und sein unkonventionelles Auftreten untermauern seine Glaubwürdigkeit bei Jung und Alt. Pepe Mujica vertritt seine Anliegen mit Humor, Verstand und Leidenschaft, sein politisches Engagement für eine gerechtere Gesellschaft stösst international auf Aufmerksamkeit und Zuspruch.

Seit 7. Mai 2015 im Kino.

# Die AL im Spiegel

Nach den Wahlen schaut die AL deshalb etwas verduzt in den Spiegel und macht sich ein paar Gedanken zu ihrem Erfolg. Denn eine Tatsache ist klar: Erfolg verändert. Wahlerfolg auch - aber was bedeutet dieser für das interne Wachstum und wie gehen wir damit um? Was sind die Chancen und Risiken dabei? Wie kann die AL sicherstellen, dass das «Andersartige» der AL nicht verloren geht? 3 Perspektiven zur Beantwortung dieser Fragen:



**Wachstumsschmerzen – ja die gibt es. Plötzlich sind unsere Treffen zu einem erheblichen Teil fremdbestimmt.**

Die flinken Fische, die im Strom des politischen Alltags mal

auf, mal ab und häufig quer schwimmen konnten, sind zu kleinen Bötchen geworden, die manövriert werden müssen.

Es braucht Abmachungen, Verbindlichkeiten und – oh Schreck – auch Regeln. Das macht dem Silberrücken Mühe. Wenn man sich an die neue Situation gewöhnt hat, tut das aber auch gut. Es ist halt nicht mehr so, dass alle für alles verantwortlich sind und es kaum persönliche Verantwortlichkeit gibt. Wer in einem reformierten Pfarrhaus sozialisiert worden ist, wird wissen, dass sich auf dieser Basis eine neue Welt aufbauen kann.

Nicht nur, weil die neue Gelassenheit die Lust am Leben vermehrt, sondern auch, weil man eine kritische Grösse durchbrechen muss, damit es auf Dauer zur Konfrontation der Gedanken kommen kann. Die Zeit der Gewissheiten, in der man vor einem AL-Treffen schon wusste, wer was sagt und was der Output einer Versammlung sein könnte, sind vorbei. Das mag anstrengend sein. Dafür verschwindet die Langeweile.

Wir sind ein Kollektiv, das ändern will, was uns stört. Um etwas zu verändern, braucht es Menschen. Viele von uns sind eine geprägte politische Generation.

Abgesehen von den Strukturen der Organisation AL, tun mir die Leute gut, die sie tragen - und die Verunsicherungen. Ich streite gern. Und zum streiten braucht es Leute, die widersprechen.

Die alte AL war ein Auslaufmodell und wir haben das Glück, dass uns unsere Erfolge zur Erneuerung zwingen. Mit der Idee einer AL-DNA kann ich - im Gegensatz zu vielen - nur wenig anfangen.

Walter Angst



**Wahlen gewonnen werden können.**

Das hat uns Erfolg und Wachstum und Regierungsbeteiligung gebracht.

Brauchen wir deshalb mehr Strukturen und Regeln? Nein! Was uns von Rot und Grün unterscheidet, ist gerade das Unkomplizierte: Die Möglichkeit für alle, Themen einzubringen und sich politisch zu engagieren oder sich für eine Wahl auf eine Liste setzen zu lassen, ohne ein Vermögen abzugeben.

Die Basis der AL und die Fraktion im Gemeinderat politisieren unabhängig vom Stadtrat. Richi Wolff wiederum macht einen guten Job und achtet sorgfältig darauf, dass er sich nicht nur noch mit dem Apparat austauscht, sondern auch in regem Kontakt mit der AL bleibt.

Die neue Grösse hat uns auch im Kantonsrat Fraktionsstärke gebracht. Dadurch sind wir von den Grünen getrennt und die fünf Gewählten haben mehr Aufwand und somit ein grösseres Bedürfnis nach Unterstützung vom Sekretariat der AL. Auch für die Arbeit im Kantonsrat ist der Austausch mit der Basis wichtig, insbesondere natürlich auch mit der AL im Kanton. Was heisst mehr Austausch mit der Basis? Soll dieser in festen Strukturen geschehen? Brauchen wir mehr als die Vollversammlungen und Kommunikationskanäle (wie Website, Info, Veranstaltungen), die wir schon haben? Sollen wir kantonale und Quartier-Strukturen gründen und andere Gremien, damit wir mehr Aktive miteinbeziehen können? Ich glaube nicht. Wenn wir Gremien, Strukturen und Posten schaffen, die nicht leben, die nicht getragen werden vom Inhalt und vom Interesse der Aktivistinnen und Aktivisten, dann schaufeln wir der kreativen AL ein Grab.

Was wir brauchen, ist Leben mit einer Prise Chaos in den bestehenden Strukturen. Wer die AL in einem Parlament oder in einem andern Gremium wie Schulpflege, Stadtrat, Gericht oder Sozialbehörde vertreten will, muss das Gespräch mit der Basis suchen. Wo und wer diese Basis genau ist, das ist je nach Amt oder Mandat unterschiedlich und darf nicht von einer zentralen Stelle bestimmt werden.

Richi Blättler

**Die AL hat sich in Zürich etablieren können als eine politische Kraft mit frischen Ideen, die politisch umsetzbar sind und mit denen deshalb auch Abstimmungen und**



**Nach den Wahlen haben wir eine verstärkte und verjüngte Gemeinderatsfraktion mit Frauenmehrheit, einen Stadtrat und eine eigene Fraktion im Kantonsrat.**

**Zudem haben wir zwei Richterinnen und es werden uns weitere drei Richterstellen sowie drei StaatsanwältInnen in Aussicht gestellt.**

Alles paletti also? Für mich keineswegs. Im Oktober 2013 habe ich hier die Frage gestellt, ob es richtig und möglich ist, Oppositionspartei zu sein und doch in die Exekutive zu gehen. Ich hatte die Kandidatur von Richi Wolff unterstützt, «doch mein Herz und mein Kopf sagen oft was anderes. Fortsetzung folgt.» Nur 20 Monate später und viele frustrierende Erfahrungen weiter, frage ich mich nur noch, weshalb ich all meine Bedenken in den Wind geschlagen habe. In der AL hat in erschreckender Geschwindigkeit ein Wandel in der Diskussionskultur und im Auftreten stattgefunden. Der Erfolg zieht auch andere Leute an. Das war abzusehen und erwünscht. Diese bringen aber auch andere Erwartungen mit. Was mich erschreckt hat, ist nicht das, sondern wie Vorstand, FunktionsträgerInnen und bisherige Aktive auf unser Erstarken reagiert haben. Entgegen aller guten Vorsätze ist es eben nicht so, dass wir Richi Wolff seine Arbeit tun lassen und wir unserer Art, Politik zu betreiben, treu geblieben sind. Es wird taktiert, Rücksicht genommen, die Worte werden auf die Goldwaage gelegt, KritikerInnen werden subtil geschnitten. Die Vollversammlungen sind schon fast wieder ein Altmännerverein mit braven Diskussionen. Diejenigen, die sich eine andere AL wünschen, bleiben öfters zuhause und werden kaum vermisst. Wir sind eine normale Partei geworden. Die Redaktion hat mich gebeten, meine Gedanken zu Papier zu bringen, wie wir die «Spannungsfelder des Wachstums» bewältigen. Ich plädiere für eine Rückbesinnung auf unsere DNA: Nutzen wir den Luxus, in Zürich eine lokale, gut vernetzte Oppositionspartei sein zu dürfen, die parlamentarisch und ausserparlamentarisch frech und unangepasst bleibt. Verlassen wir den Weg der Exekutivbeteiligung und der Anpassung. Es braucht im rot-grünen Zürich keine weitere Regierungspartei.

Manuela Schiller



# Kasernierung?!

Ende Mai haben Bund, Kanton und Stadt Zürich ihre Pläne für das künftige Verfahrenszentrum der Asylregion Zürich auf dem Duttweiler-Areal vorgestellt. Das Duttweiler-Areal war bereits im Jahr 2013 durch das Staatssekretariat für Migration (SEM) und die Stadt Zürich als Standort des Testbetriebs für beschleunigte Asylverfahren geprüft worden, der Testbetrieb wurde dann aber im Zentrum Juch mit 300 Unterkunftsplätzen realisiert. Das neue Bundeszentrum soll voraussichtlich im Jahr 2020 für maximal 25 Jahre in Betrieb genommen werden.

## Beschönigende Beschreibung

Die stellvertretende SEM-Direktorin Barbara Büschi hat informiert, dass heute mit 360 Plätzen weniger Plätze vorgesehen seien als noch vor einigen Jahren geplant waren. Die Grösse des geplanten Zentrums entspreche damit etwa derjenigen der Unterkunft Juch, wo es - gemäss Aussagen von Frau Büschi - bis jetzt keine Probleme gebe.

Dies entspricht jedoch nicht der Realität. Von Anfang an wurde von Organisationen wie ‚augen auf‘ darauf hingewiesen, dass es Konflikte geben würde, wenn 300 Menschen auf engem Raum zusammengepfercht werden. Solche Grosszentren bergen unglaublich viel Zündstoff - augen auf hat es als «Dichtestress» bezeichnet. Alleinstehende Frauen und unbegleitete Minderjährige sind in dieser Situation besonders einschneidend von den engen Verhältnissen betroffen. Es ist nach wie vor unverständlich, warum man die 360 BewohnerInnen nicht auf die verschiedenen Standorte der AOZ Juch, Leutschenbach und Wydäckerring verteilt. Dies würde sowohl die BewohnerInnen wie auch das Personal massiv entlasten. Erheblich vermindert würden dabei auch die unnötig hohen Kosten für Catering, Betreuung, Sicherheit und nicht zuletzt auch die Investitionskosten. Ein beschleunigtes Asylverfahren in zentralen SEM-Büros wäre auch mit dezentralen Unterkünften möglich. Eine ständige Kontrolle der Asylsuchenden ist nicht nötig; mit einem shuttle (wie es ihn schon heute im Juch gibt) könnte man auch bei einer dezentralen Unterbringung gewährleisten, dass die Asylsuchenden rechtzeitig bei ihren Terminen erscheinen können.

Nicht nur für die Asylsuchenden ist die Situation im Juch prekär, sondern auch für die Mitarbeitenden. Es ist bekannt, dass beispielsweise die Fluktuation bei den Mitarbeitenden im Juch sehr hoch ist. In einem Evaluationsbericht schreibt das SEM

selbst, dass die Tätigkeit im Testzentrum für alle Mitarbeitenden «herausfordernd und kräfteraubend» sei. Besonders für die RechtsvertreterInnen sei die Situation schwierig – offenbar gab es Kündigungen, Pensumsreduktionen und Erkrankungen.

## Isolierung von Flüchtlingen

Die «sip züri» bewacht den Zugang zum Zentrum Juch - von einem offenen Zentrum kann also keine Rede sein. Ein- und Ausgangskontrollen sind aller Wahrscheinlichkeit nach auch beim Grosszentrum auf dem Duttweiler-Areal vorgesehen.

Die BefürworterInnen eines Bundeszentrums berufen sich darauf, dass es besser sei, ein Lager in Zürich zu realisieren als auf einem abgelegenen Bergpass. Selbstverständlich ist die Unterbringung von Flüchtlingen inmitten unserer Gesellschaft zu begrüssen. Durch die Kasernierung der Flüchtlinge in umzäunten und dauerhaft kontrollierten Zentren wird jedoch in deren Grundrechte ebenso schwer eingegriffen und die dort lebenden Menschen werden mitten in der Stadt ausgegrenzt. Die Kasernierung von Menschen für die Umsetzung von beschleunigten Asylverfahren ist unnötig und überflüssig. Ebenso befremdend ist, dass ausgerechnet der Stadtzürcher FDP-Präsident Michael Baumer mit dem grossen Potenzial des Duttweiler-Areals für gemeinnützigen Wohnungsbau gegen ein Bundesverfahrenszentrum auf diesem Areal argumentiert.

## Integrationsklassen nötig

Weiter ist zu kritisieren, dass auch beim Verfahrenszentrum auf dem Duttweiler-Areal für die schulpflichtigen Kinder nicht die bestehenden Integrationsklassen der umliegenden Schulhäuser genutzt werden sollen (wie es die entsprechenden Richtlinien der Bildungsdirektion des Kantons Zürich vorsehen), sondern dass auch hier eine zentrumsinterne Schule geplant ist. Dies ist eine weitere unnötige Ausgrenzung. Der Schulbesuch in regulären Schulhäusern bringt ein Stück Normalität in den Alltag der Kinder. Familien und unbegleitete Minderjährige sollen ausserdem separat in Wohnungen untergebracht werden.

## Mitbestimmungsrechte

Die Beschäftigungsmöglichkeiten ausserhalb des Zentrums müssen ausgebaut werden. Genauso wichtig wäre es, den Asylsuchenden mehr Gestaltungs- und Mitbestimmungsrechte in den Zent-

ren einzuräumen. Die Asylsuchenden könnten z.B. das Kochen und die Essensausgabe selber organisieren oder diverse weitere Alltagsaufgaben übernehmen. Abschliessend bleibt zu sagen, dass es schwer nachvollziehbar ist, 20 Millionen Franken für ein 25-jähriges Provisorium auszugeben - eine dezentrale Unterbringung wäre nicht nur die kostengünstigere, sondern vor allem auch die flexiblere Lösung!

**Ezgi Akyol**

## Der Gemeinderat zum Duttweiler-Zentrum

Die Meldung vom geplanten Bau des provisorischen Asylverfahrenszentrums des Bundes auf dem Duttweiler Areal, wurde im Rat durch mehrere Fraktionserklärungen enthusiastisch bejubelt. Vom «Stolz auf die humanitäre Tradition der Schweiz» sprechen die Grünen und die SP freut sich darüber, dass jetzt mitten in der Zivilisation «Schutz und Platz» für Flüchtlinge entstehen. Man ist sich sicher, dass das Postulat für menschenwürdige Bedingungen in den Flüchtlingszentren seine Wirkung tun wird. Und es klingt ganz so, als sei es ein humanes Kasernierungskonzept, das Sommaruga und Goltz hier umsetzen wollen. Sehr zum Unmut der SVP jedoch, die die Gelegenheit natürlich ebenfalls sofort beim Schopf packte. «Asylzentren gehören in Randregionen, in denen sonst keine Personen leben,» erklärte uns Mauro Tuena. Der Vergleich mit einer Atom Mülldeponie schwang unausgesprochen zwischen den Zeilen mit. Aber nicht nur von rechts hält sich die Begeisterung in Grenzen. Auch uns passt hier einiges nicht, wie Ezgi Akyol im Rat und in ihrem Artikel erklärt. Die Kasernierung und Isolation von Menschen mitten in einer Stadt ist nicht vereinbar mit einem der wichtigsten Werte, die die AL zu schützen sucht: den Grundrechten. Aber welches Fazit ziehen wir aus diesen Umständen? Wir werden das Projekt vermutlich (noch ist es nicht entschieden) nicht im Einklang mit der SVP ablehnen. Die Vorteile? Wenn sich das Zentrum in Zürich befindet, haben wir wenigstens bessere Möglichkeiten, zu intervenieren.

**Corin Schäfli**

## Frühlingszeit ist Reisezeit



Nach Schätzungen des Hochkommissariats für Flüchtlinge der UNO wurde im Jahr 2011 mit 1500 Todesfällen ein neuer Rekord bei der

Flucht über das Mittelmeer gezählt. 2012 waren es 500, 2013 600, 2014 3500 und bisher in 2015 1600 Todesopfer. Nüchterne Zahlen von der gefährlichsten Grenze der Welt. Europa fragt sich: Was tun? Dabei dreht sich die Diskussion primär darum, wo man die Flüchtlinge am besten abfangen kann und wie man sie davon «abschreckt», die lebensgefährliche Überfahrt zu wagen – anders gesagt: Wie kann Europa verhindern, beim Sterben direkt zusehen zu müssen? Es ist für das Gewissen scheinbar bequemer, wenn jemand in der Subsahara verhungert, in Syrien erschossen wird oder sich in Eritrea zu Tode schuffet. Die Statistik besagt, dass die Bootsflüchtlinge mit grosser Mehrheit aus Syrien, Eritrea, Afghanistan oder Somalia kommen - aus den gefährlichsten Gegenden der Welt. Die Auflistung der Länder zeigt, dass es dabei nicht um Wirtschaftsflüchtlinge geht, die einfach ein besseres Leben haben möchten, sondern dass es um das Überleben an sich geht. Europa kann halt nicht den «Foifer und s'Weggli» haben: solange die Gewässer vor Somalia und Westafrika von riesigen Trawlern leergefischt werden, solange subventioniertes Poulet und Milchpulver aus Europa viel billiger sind als die einheimischen Produkte, solange im Piraten- und Tiefsteuernkanton Zug angesiedelte Firmen mit Lebensmittel-spekulation die Preise für Grundnahrungsmittel in die Höhe treiben - solange verlieren die Fischer und Bauern ihre Arbeit und ihre Existenz und sehen keinen anderen Ausweg als ein Familienmitglied auf die lange Reise zu schicken oder selber Pirat zu werden. Es ist die mindeste Pflicht Europas, die Menschen in den Booten zu retten – damit die leidvolle Armutsmigration aufhört, braucht es aber mehr als leere Worte und ein paar gutgemeinte neue Brunnen in einem Dorf. It's the economy, stupid!

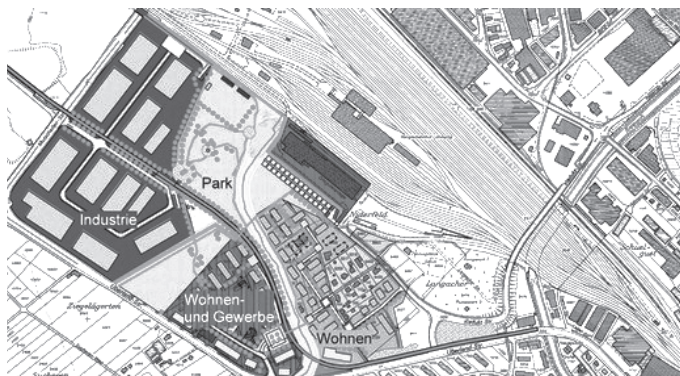
David Berger

# Offene Fragen zum Niderfeld Dietikon

**Das Niderfeld ist mit seinen 40 Hektaren die letzte Baulandreserve in Dietikon. In wenigen Jahren soll dieses heute grösstenteils landwirtschaftlich genutzte Gebiet überbaut werden. Dabei soll auch ein den Bürgerlichen nahestehender Transportunternehmer einen Logistikterminal erstellen können.**

Die Einzonung des Niderfelds hat eine lange Geschichte hinter sich. Jahrzehntlang scheiterten ganze oder teilweise Einzonungsversuche des Gebiets schon im Parlament oder dann an der Urne. Erst 2007 gelang es dem Stadtrat, eine Vorlage mit einer knappen Ja-Mehrheit durch die Volksabstimmung zu bringen. Die AL hatte gemeinsam mit den Grünen das Referendum ergriffen. Wir standen allein gegen alle andern Parteien; die 48% Nein-Stimmen waren ein grosser Erfolg. Heute würde die Kulturlandinitiative die Einzonung verhindern.

In der Vorlage war die Bebauung genau festgelegt. Je ein Drittel der bebaubaren Fläche sollte der Wohn-, Misch- und Industriezone zugewiesen werden. Zwi-



schon dem Industrie- und dem Wohn- resp. Mischgebiet war ein Park vorgesehen. Nach der Annahme der Vorlage arbeitete der Stadtrat die Vorlage um. Der um rund einen Viertel verkleinerte Park soll nun in die Mitte des Gebiets zu liegen kommen. Wohn- und Industriegebiet sollen damit direkt aneinander grenzen. Die Vorlage muss daher nochmals vor das Parlament und allenfalls vor den StimmbürgerInnen.

### Umstrittener Logistik-Terminal

Daneben geben Infrastrukturbauten im und unmittelbar neben dem Niderfeld zu reden. Die SBB plante einen grossen Gateway-Terminal für den Umlad von Containern sowohl von der Bahn auf die Strasse als auch zwischen den Zügen. Der

Terminal in dieser Form wurde inzwischen aufgegeben, aber ein Umlad Bahn-Strasse ist immer noch geplant. Die Strassentransportfirma Planzer betreibt bisher in Zürich Altstetten einen Umladeterminale. Da die SBB dieses Gelände anderweitig nutzen wollen, plant Planzer im Niderfeld einen neuen, grösseren Logistik-Terminal. Dazu hat sie rund einen Viertel des Landes im Niderfeld gekauft. Allerdings liegt dieses grösstenteils nicht dort, wo der Terminal geplant ist. Planzer muss somit noch Land abtauschen. Da jedoch ein Teil des Landes der Firma Planzer stark mit Altlasten verseucht ist, wird dies nicht ohne weiteres möglich sein.

### Eine oder zwei Vorlagen?

Da der Logistik-Terminal in der Bevölkerung sehr umstritten ist, will der Stadtrat seinen Masterplan in zwei Vorlagen aufspalten: Eine für den Terminal und eine für den Rest. Zu gross schätzt er die Gefahr ein, dass mit dem Logistik-Terminal der ganze Masterplan scheitern könnte. Die Firma Planzer hingegen möchte nur eine Vorlage. Dies würde die Chancen verbessern, dass die Bevölkerung den Terminal schluckt. Wir werden bestimmt für eine separate Abstimmung über den Terminal votieren und das Referendum ergreifen, damit die Bevölkerung sich zu

diesem Projekt äussern kann, das unsere Gemeinde mit ihren bereits zahlreichen Infrastruktureinrichtungen zusätzlich belasten würde.

Die Limmattalbahn wird das Niderfeld erschliessen. Gemäss Vorgabe des Kantons kommt eine Überbauung ohne Limmattalbahn nicht infrage. Mit einem Nein zur Limmattalbahn könnte man auch die Überbauung des Niderfelds verhindern. Das wäre aber kurzsichtig gedacht. Auch ohne Limmattalbahn würde der Druck für die Bebauung des einzonten Gebiets steigen und irgendwann würde es ohne befriedigende Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr bebaut. Das darf unter keinen Umständen geschehen.

Ernst Joss

# Die neue Fraktion im Kantonsrat



Bei den Kantonsratswahlen hat die AL massiv an Wählerstimmen zugelegt und mit dem Zuwachs von Laura Huonker und Manuel Sahli Fraktionsgrösse erreicht. Bis anhin

waren die drei AL-KantonsrätInnen (Markus Bischoff, Kaspar Bütikofer und Judith Stofer) bei den Grünen eingebettet. Dadurch wurde uns auch ein grosser Teil der aufwändigen Hintergrundarbeit abgenommen. Diese Arbeit muss nun neu von der AL-Fraktion selber geleistet werden.

Zum Fraktionschef wurde Markus Bischoff bestimmt. Damit vertritt er die AL auch in der 15-köpfigen Geschäftsleitung des Kantonsrates. Gemäss Beschluss der Interfraktionellen Konferenz (IFK) hat die AL-Fraktion Anrecht auf fünf Kommissionssitze (inklusive Geschäftsleitungssitz). Die Zuteilung der Kommissionssitze erfolgt nach Stärke der Fraktionen, das heisst, die drei grossen Fraktionen SVP, SP und FDP teilen sich die Filetstücke untereinander auf.

Erst danach kommen die kleineren Fraktionen zum Zug. Die AL-Fraktion wird künftig in folgenden Sachkommissionen vertreten sein und somit deren Geschäfte mitgestalten: Kommission für Bildung und Kultur (KBIK), Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) sowie Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS). Die AL ist zudem in einer Aufsichtskommission vertreten, konkret in der Justizkommission (JUKO).

Weil die AL nicht in allen Kommissionen vertreten ist, hat die Fraktion beschlossen, die Geschäfte folgender Kommissionen im Auge zu behalten: Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), Kommission für Planung und Bau (KPB), Kommission für Energie und Verkehr (KEVU) und die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) sowie die beiden Aufsichtskommissionen für Bildung und Gesundheit (ABG) und über wirtschaftliche Unternehmen (AWU).

Die Aufgabe, eine eigenständige AL-Politik in erdrückend bürgerlicher Umgebung zu gestalten, wird nicht ganz einfach werden. Die AL-Fraktion nimmt diese Herausforderung aber gerne an.

**Judith Stofer**

## Klingt ja, als ob da alles in Ordnung wäre...



Informationen aus der Verwaltung sind fast immer etwas Schönes. Sie zerstreuen alle Bedenken und erscheinen oft in Begleitung von hochglänzenden Bildern. Besonders

im Frühling. Es ist Geschäftsberichtszeit. Die über 400-seitige Werbebroschüre der Stadtverwaltung ist noch längst nicht alles. Meine Lieblingslektüre dieses Jahr: der Bericht der AOZ, der uns glauben machen will, Asylzentren seien eine Art Luxus-Kurhotels. Stätten der Integration, der Bildung und des optimistischen Blicks in die Zukunft. Aber schliesslich ist es ja von einem Kurhotel nur ein kleiner Schritt zu einer psychiatrischen Klinik. So ist durchaus erklärbar, dass etwa von der sip kein Wort geschrieben steht, denn die erfahrene Leserin kann sich ja selbst denken, dass Ausgangskontrollen in einer solchen Situation lediglich eine Massnahme der Notwendigkeit sind. Aus Sicherheitsgründen. Fragt sich allerdings trotzdem, ob der schön bebilderte Bericht glaubwürdiger erscheint durch die Tatsa-

che, dass hier immer noch nicht über die Probleme gesprochen wird, die durch die kasernenartige Anlage des Juch entstehen. Probleme entstehen generell beim «Kunden», dem mit allem natürlich nur geholfen wird. Der Asylmarkt ist eben frei und die Konkurrenz schläft nicht. Andere Beispiele: Die Berichte der Ombuds- und der Datenschutzstelle sind – wenn auch weniger aufgetakelt – sehr aufschlussreich ausgefallen. So wusste ich zum Beispiel nicht, dass Ehepaare ungleicher Nationalität mühsam dem Staat ihre Liebe beweisen müssen, während die Liebe bei Paaren sofort als erwiesen gilt, wenn es darum geht, dass die Sozialen Dienste wünschen, durch Konkubinatsbeiträge von einem Teil ihrer Verpflichtungen erlöst zu werden. Dies übrigens ohne gesetzliche Grundlage. Funktioniert aber trotzdem, solange das die Wenigsten wissen. Ich wusste auch nicht, dass die Löschrfrist bei Datenbanken in Wirklichkeit grundsätzlich lediglich eine Archivierfrist ist. Und die Daten nach der Archivierung sogar auf Gesuch wieder den Behörden zugänglich gemacht werden können. Danke Frau Kaufmann und Herr Studer.

**Corin Schäfli**

## AL-InhALte mit Biss:



**13. Mai:** Gemeinsame **Medienkonferenz** von AL und GLP gegen den Kredit für «Zürich im Landesmuseum» (ZiL). Walter Angst (AL) und Samuel Dubno (GLP) erläutern die kultur- und

finanzpolitischen Gründe, die für ein Nein sprechen

**20. Mai:** Für das Ja zum Bau der Wohnsiedlung Hornbach im Zürcher Seefeld hat sich ein breites Komitee gebildet, dem AL, Grüne, SP, EVP, CVP und GLP, Quartierverein Riesbach und der Stadtzürcher Mieterinnen- und Mieterverband angehören. Am 20. Mai legen sie an einer **Medienkonferenz** die Gründe für ein Ja am 14. Juni dar. «Bezahlbar wohnen - auch im Seefeld» heisst das Motto.



**21. Mai:** Parteien von links bis rechts fordern schnellere Fortschritte bei der Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transmenschlichen (LGBT). AL-Vertreter David Garcia ist Mitautor der **Medienmitteilung** der LGBT Vereinigung Schweizer Parteien.

**28. Mai:** Die AL kritisiert in einer **Fraktionserklärung** scharf die von Bund, Kanton und der Stadt Zürich vorgestellten Pläne für das künftige Verfahrenszentrum der Asylregion Zürich auf dem Duttweiler-Areal.

**28. Mai:** Die AL fordert den Stadtrat in einer **Fraktionserklärung** auf, die Beziehungen der Stadt Zürich zur FIFA umgehend und umfassend auf den Prüfstand zu stellen.

**1. Juni:** Der neu gewählte Manuel Sahli und Markus Bischoff reichen im Kantonsrat eine **Anfrage** betreffend der Anstellung von Daniel Anrig als Stabschef der Flughafenpolizei ein.

**3. Juni:** Die GR-Fraktion hat zu den missbräuchlichen Mietverhältnissen von Asylsuchenden eine **Interpellation** eingereicht. Sie will wissen, welche Massnahmen die Stadt zu ergreifen gedenkt, um Armutsbetroffene und MigrantInnen vor solchen Umständen zu schützen.

## AL for LGBT!



**Zur Gleichzeitigkeit der ungleichzeitigen Geschlechtsidentitäts- und sexuellen Rechte: Es geschehen noch Zeichen und Wunder:**

Das katholische Irland befürwortet die Homo-Ehe und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bestätigt, dass Grundrechte allen Transmenschen ohne Diskriminierung zu gewährleisten sind. Innert zehn Tagen wurde auch die letzten BürgerInnen von Neuigkeiten erschüttert, die noch vor wenigen Jahren undenkbar schienen. Und so taucht leise die Frage auf, ob sich europäische Gesellschaften jenem ersehnten Toyota-Moment («nichts ist unmöglich») annähern, der den Frieden unter dem Geschlechtsidentitäts- und sexuellen Regenbogen bringen wird.

Trotz aller Freude kann die Antwort darauf nur ein Nein sein. Dass Fortschritte im Bereich der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersex- und Trans-Menschen (englisch LGBTI) errungen werden, heisst noch lange nicht, dass diese für immer und ewig gesichert sind. Ganz im Gegenteil: Kaum errungen, stehen sie unter Beschuss. Beispiele gefällig? Das Bundesgericht hat kürzlich in einem Urteil verurteilt, dass ein schwules Paar eine doppelte Vaterschaft für das eigene Kind, welches im Rahmen einer Leihmutterchaft entstand, beantragen kann. Zwei Männer würden durch ihre Weigerung, die eigenen Reproduktionsrechte der heteronormativen Gesellschaft zu opfern, die Fundamente unserer Kultur gefährden. Ein Schritt weiter geht die bevorstehende CVP-Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe», welche das Rad der Zeit umkehren möchte, indem sie durch die Hintertür die Ehedefinition als ausschliessliche Verbindung zwischen Mann und Frau festschreiben will.

Europäische Katholiken, welche die ur-liberale Schweiz rechts überholen, fremde Richter, welche das helvetische Bundesgericht als letzte Bastion der alten sexuellen Ordnung entlarven. Das ist die (nicht so utopische) Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen in Sachen LGBTI-Rechte. Genügend Grund, dass sich die AL hier weiterhin engagiert.

David Garcia

## Obduktion einer Nein-Kampagne

**Obwohl sie für eine Einzelvorlage enorme Mittel einsetzten, sind die Gegner der städtischen Wohnbaupolitik bei der Hornbach-Abstimmung am 14. Juni grandios gescheitert: knapp zwei Drittel der Stimmdenden und alle Stadtkreise haben JA gesagt. Trotz der deutlichen Niederlage, die SVP-Nationalrat Gregor A. Rutz als Präsident und FDP-Gemeinderat Albert Leiser als Direktor des Stadtzürcher Hauseigentümerverbandes (HEV) eingefahren haben, lohnt sich ein analytischer Blick zurück auf die Abstimmungskampagne.**

### Das politische Kalkül

Wohl nicht zufällig haben die Strippenzieher des HEV gerade diese Wohnbauvorlage gewählt. Im Stadtkreis 7+8 verfügen SVP und FDP mit 41.26% gegenüber 33.37% in der ganzen Stadt über ihre grösste Wähler-Hausmacht. Zwar wissen sie, dass sie die Vorlage nicht kippen können, aber ein Nein in ihrer Polit-Hochburg könnten sie doppelt vermarkten: als Nein des betroffenen Quartiers und als ideologische Demontage der «Seefeldisierung». Mit 39.99% Nein vermochten sie im Kreis 7+8 allerdings gerade knapp das SVP/FDP-Potenzial zu mobilisieren. Immerhin: mit gesamtstädtisch 34.26% konnten sie erstmals bei einer wohnpolitischen Abstimmung ihren gesamten Wähleranhang hinter sich scharen, während sonst immer ein Teil mit Mitte-Links fremdging. Mehr haben sie mit ihren 100 – 150'000 Franken nicht erreicht, vor allem keine Trendwende ausserhalb ihres politischen Biotops.

### Zwei Lügen...

Nun zu den Ingredienzien der Nein-Kampagne: Sie baute auf vier Elementen auf: der Doppel-Lüge von den «Luxuswohnungen» und der Belastung der Steuerzahler, dem Appell an den Neid und der Pseudo-Alternative eines Landverkaufs.

Um die Lüge von den «Luxuswohnungen» glaubhaft zu machen, wurde konsequent die irreführende Gleichung «122 Wohnungen für 100 Millionen Franken» wiederholt – obwohl die Gegenseite genau wusste, dass für die Wohnungen nur 62 Mio Franken veranschlagt waren. Dass städtische Wohnungen wie alle anderen ertragsabwerfenden Investitionen der Stadt voll über Mieterträge finanziert werden und den Steuerzahler nicht im Geringsten belasten, auch das wissen RPK-Mitglieder wie SVP-Präsident Roger Liebi bestens.

### ... und der Appell an den Neid

Die Neid-Botschaft war simpel: Du wirst keiner der 122 Glücklichen sein, der dort eine Wohnung erhalten wird, also sag Nein. Immer verbunden mit der unter-schwelligsten und haltlosen Behauptung, die Wohnungen würden sowieso unter der Hand an die rot-grüne Klientel vergeben. Damit versuchten die Gegner vor allem bei Jüngeren mit ihren frustrierenden Erlebnissen bei der Wohnungssuche zu punkten.

Um ihrer Kampagne einen Hauch argumentativer Seriosität zu geben, propagierten die Gegner als Schein-Alternative den Verkauf der Hornbach-Parzelle, um mit dem Ertrag anderswo günstiger und mehr zu bauen. Auch hier war ihnen voll bewusst, dass das Areal wegen des dortigen Werkhofs und Kinderhorts gar nicht zum Verkauf stand.

### Geld ist nicht alles

Der frühzeitige Start der Nein-Kampagne zielte klar darauf ab, die Befürworter in die Defensive und Rechtfertigungsrolle zu drängen. Das verfiel anfangs bis in die Medien hinein, erwies sich auf die Dauer dagegen als Nachteil. Ausser mit Inseraten konnten die rein geldgesteuerten Gegner in der heissen Phase nicht mehr zulegen. Ihre Facebook-Seite schloß

völlig ein, während die Befürworter in den social media aktiv Abstimmungskampf machten.

Das tröstliche Fazit: Geld ist nicht alles. Die Gegner investierten 120'000 Franken für 32'928 Nein oder 3.65 pro Nein-Stimme, wir Befürworter bloss 8'000 Franken für 63'197 JA oder 13 Rappen pro JA-Stimme...

Niggi Scherr

14.6.  
**Bezahlbar  
wohnen auch  
im Seefeld**